



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

128. Sitzung (öffentlich)

1. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:38 Uhr bis 12:27 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz zum Erlass eines Kulturgesetzbuches sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer Vorschriften (Kulturrechtsneuordnungsgesetz)	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/13800	
	Stellungnahme 17/4192	
	Stellungnahme 17/4178	
	Stellungnahme 17/4181	
	Stellungnahme 17/4187	
	Stellungnahme 17/4177	
	Stellungnahme 17/4185	
	Stellungnahme 17/4180	
	Stellungnahme 17/4175	
	Stellungnahme 17/4160	
	Stellungnahme 17/4179	
	Stellungnahme 17/4157	

Stellungnahme 17/4203
Stellungnahme 17/4198
Stellungnahme 17/4227
Stellungnahme 17/4217
Stellungnahme 17/4183
Stellungnahme 17/4131
Stellungnahme 17/4184
Stellungnahme 17/4134
Stellungnahme 17/4142
Stellungnahme 17/4182
Stellungnahme 17/4128
Stellungnahme 17/4255
Stellungnahme 17/4293
Stellungnahme 17/4258
Stellungnahme 17/4290
Stellungnahme 17/4292

Ausschussprotokoll 17/1513

Ausschussprotokoll 17/1552

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Gesetzentwurf abzuschließen.

2 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14244

Stellungnahme 17/4213

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

3 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14304

Stellungnahme 17/4209
Stellungnahme 17/4311
Stellungnahme 17/4313
Stellungnahme 17/4265
Stellungnahme 17/4299
Stellungnahme 17/4312
Stellungnahme 17/4316

– Schriftliche Anhörung von Sachverständigen

Die Auswertung der Anhörung und die Beschlussfassung erfolgen
in der Sitzung am 12. November 2021.

4 Wiederaufbau gestalten – den Hochwasserschutz für morgen sicherstellen **10**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14892

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die pflichtige Beteiligung an der
Anhörung im federführenden Ausschuss.

5 Viertes Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes **13**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14405

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung
im federführenden Ausschuss zu beteiligen.

6 Aktueller Sachstand zu den Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe auf nordrhein-westfälische Kommunen **14**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5698
Vorlage 17/5812

– Wortbeiträge

- 7 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen** **29**
- Bericht durch MR'in Dr. Sandra Dybowski (MAGS)
 - Wortbeiträge
- 8 Urteil des Verwaltungsgerichts Köln zur rechtswidrigen Räumung des Hambacher Waldes** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage]*) **35**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 9 Verschiedenes** **50**
- Der **Ausschuss** ist mit dem Verfahren einverstanden.
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14244

Stellungnahme 17/4213

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/14244 an den Integrationsausschuss – federführend –, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 2. Juli 2021)

Vorsitzender Hans-Willi Körfges teilt mit, der federführende Ausschuss habe eine schriftliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt und erbitte ein Votum zu seiner abschließenden Sitzung am 27. Oktober 2021.

Guido Déus (CDU) sagt, seines Wissens habe man sich einstimmig darauf verständigt, in der Ausschusssitzung am 27. Oktober die Stellungnahmen auszuwerten und die Beratungen abzuschließen. Die mitberatenden Ausschüsse seien hierzu eingeladen. Insofern müsse heute keine Beratung stattfinden.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges entgegnet, ihm lägen keine anderen Hinweise vor, als dass man sich heute abschließend mit dem Gesetzentwurf befassen müsse.

Ellen Stock (SPD) schließt sich dem Vorschlag des Abgeordneten Déus an.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) schließt sich ebenfalls dem Verfahrensvorschlag an, möchte jedoch seitens der Sitzungsleitung wissen, was dieses Verfahren bedeute. Wenn die Chance bestehe, am 27. Oktober ein Votum abzugeben, sollte davon Gebrauch gemacht werden.

Er begrüße, dass kurz vor Ende der Legislaturperiode doch noch ein Gesetzentwurf zur Änderung eines Flüchtlingsaufnahmegesetzes auf dem Tisch liege. In der Sitzung am 27. Oktober müsse man sich noch einmal über die Vergangenheit unterhalten.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges schlägt vor, dass er sich mit dem Integrationsausschuss in Verbindung setze und für diesen Tagesordnungspunkt eine gemeinsame Sitzung vorschlage, sodass auch die kommunalspezifischen Aspekte durch den für Kommunales zuständigen Ausschuss behandelt werden könnten. Es würde sich dann um eine pflichtige Sitzung handeln. – Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

